

Schön für die Statistik

Zu: „Bundestag verschärft Mietpreisbremse“, FR-Wirtschaft vom 15.2.

Die Diskussion im Deutschen Bundestag über die Verlängerung der Mietpreisbremse verläuft in eine falsche Richtung. Zum einen handelt es sich bei diesem Instrument ohnehin um ein ziemlich stumpfes Schwert, da in Städten wie zum Beispiel Hamburg, die sich so gerne ihres angeblichen Erfolges bei der Wohnungsbaupolitik rühmen, als allokativer Nebeneffekt immer häufiger vor allem möblierte Mini-Apartments entstehen, die lediglich die offizielle Statistik aufhübschen.

Zum anderen besteht das eigentliche Problem darin, dass es einen zentralen ökonomischen Zielkonflikt gibt zwischen dem Renditeverlangen der Eigner von großen, an der Börse gelisteten Immobilienkonzernen und den Mietern gerade in ärmeren Stadtteilen.

Deshalb hilft hier nur eine Renaissance von Genossenschaftsmodellen sowie des herkömmlichen kommunalen sozialen Wohnungsbaus aus der Misere, wobei insbesondere bei Letzterem die Sozialdemokraten in einer besonderen Verantwortung stehen, endlich konsequent umzudenken, da mit ihrer Zustimmung zur Föderalismusreform II die Anzahl der Sozialwohnungen in Deutschland deutlich gesunken ist!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Es sollte um Inhalte gehen

Zu: „Welche CDU darf's denn sein?“, FR-Politik vom 13. Februar

Die CDU ist ob des Desasters in Thüringen zerstritten. Sie streitet sich jedoch nicht, sondern versucht, Einigkeit und Zusammenhalt herzustellen. Dies kann nicht gelingen. Deshalb kündigt AKK ihren Rücktritt schon mal an und verzichtet auf die Kanzlerkandidatur. Dies stellt das Problem der CDU so dar, als ginge es um Führungsstärke. Aber wie kann eine Person etwas durch vermeintliche Stärke auflösen, was eine tiefe Divergenz einer Sache ist?

Es handelt sich nicht nur um Ost und West und die unterschiedlichen Vorerfahrungen. Es geht schlicht um unterschiedliche politische Einstellungen, die auch die Grundhaltung zu Demokratie und demokratischen Foren einschließen. Es geht um Sachverhalte, Argumente, Streitpunkte und in der Folge um politische Entscheidungen. Wir müssten noch mal von vorne anfangen, Demokratie neu zu denken. Es sollte zuerst um Sachverhalte und Standpunkte gehen. Daraus entwickeln sich Parteien für die Sachverhalte. Eigentlich wäre es längst Zeit, die Fünf-Prozent-Hürde aufzulösen und eine große Vielfalt von Parteien zuzulassen. In diesen demokratieunfreundlichen Zeiten ist dies natürlich nicht möglich, denn die AfD wartet geradezu darauf. Ihr machen die Spaltungen in ihrer eigenen Partei nichts aus, sie ist weder an demokratischen Pro-

zessen noch an Debattenkultur und Divergenz interessiert. Im Gegenteil verachtet sie dies, denn es kommt ihr auf eine von oben verordnete Gleichheit an.

Jetzt haben wir den Schlamm. Es ist wie beim Fußball: Der Druck ist groß. Kleinste Entscheidungen haben eklatante Folgen. Alles ist verklausuliert und reglementiert. Machtbewusste Schiedsrichter wissen nichts Besseres, als den Druck noch zu erhöhen, indem sie früher und konsequenter sanktionieren. Dies ist das wahre Spiel mit dem Feuer. Ähnlich in der Politik. Elementare Entscheidungen werden zunehmend in den Konzernen getroffen. Um den Rest an Macht und Einfluss streiten sich Regierungen und Parteien. Dies ist ein hervorragender Sumpf, in dem braune Sumpfbüthen aufs Beste gedeihen.

Angeblich sucht die CDU nach Profil. Welch lächerlich aufgeblasene Vokabel! Und dann wird natürlich hinter verschlossenen Türen verhandelt. Danach wird uns eine Figur und eine Produktpalette angeboten, als wären wir im Supermarkt – billiger politischer Glitzerkram. Aber wenn die AfD den Gang durch die Institutionen antritt, sind wir plötzlich als mündige Bürger gefragt, vor denen man sich bis jetzt gehütet oder die man in die linke Schmutzdecke verwiesen hat.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/akk-fertig

FR ERLEBEN

Bascha Mika und **Nadja Erb** stellen ihr Buch „Mut für einen Feminismus, der allen guttut“ vor. Es versteht sich als Ermunterung für ein Zusammenleben, in dem vorgebliche Frauenfragen als das behandelt werden, was sie sind: Menschheitsfragen. **Donnerstag, 20. Februar, 19 Uhr Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt**

SORRY

Es ist wieder passiert! Die Sache mit den europäischen Gerichtshöfen ist eine zuverlässige Fehlerquelle – nicht nur, aber leider auch in der FR. „Spanien darf ‚heiß abschieben‘“ war unser Artikel vom 14.2. (S.7) überschrieben. Die Unterzeile lautete: „EU-Menschenrechtshof erklärt umstrittene Praxis für rechtens“. Doch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit Sitz in Straßburg, der hier geurteilt hat, ist eine Institution des Europarats, nicht der EU. Der Europäische Gerichtshof hingegen, mit dem er gern verwechselt wird, ist eine Institution der EU mit Sitz in Luxemburg. **Im Artikel „Rückkehr** der Persona non grata“ über Trainer Thomas Tuchel (18.2., S.22) haben wir geschrieben, Tuchel habe den Spieler Marcel Schmelzer im Pokalfinale 2017 nicht in den Kader aufgenommen. Richtig ist, dass Schmelzer als Kapitän der Mannschaft des BVB aufgelaufen ist.

HP_0LES02FRDA - B_180334

